

# DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz, 28.04.2018, Neunkirchen

## EntschlieÙung

### **Abrüsten statt Aufrüsten – Gegen Krieg und Militarisierung**

Die DKP Saarland versteht sich als Bestandteil der Friedensbewegung in unserem Land und wir arbeiten aktiv mit vor allem in der saarländischen Friedensbewegung. Wir mobilisieren für die Aktionen des FriedensNetz Saar und beteiligen uns an der Arbeit dieses Bündnisses. Wir bringen unsere Positionen in die Diskussionen und Aktionen ein und werben bei anderen linken und demokratischen Organisationen für eine Mitarbeit im FriedensNetz Saar.

Wir unterstützen die Kampagne „Büchel ist überall! Atomwaffenfrei jetzt!“ mit den Blockaden am Atomwaffenstützpunkt und die regionale Kampagne „Krieg beginnt hier – Widerstand dagegen auch“. Wir beteiligen uns an der bundesweiten Unterschriften-Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ und sammeln eigenständig und im Bündnis Unterschriften.

Wir sehen im Kampf um eine Wende in der internationalen Politik, um eine Politik friedlicher Konfliktlösungen statt immer mehr Kriegseinsätze eine der drängendsten Aufgaben auch für Kommunistinnen und Kommunisten.

Die weltweiten Auseinandersetzungen um globale und regionale Vormachtstellungen, um ökonomische und militärische Herrschaft führen immer öfter zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Die USA versuchen den zunehmenden Verlust der eigenen internationalen ökonomischen und auch militärischen Vormachtstellung aufzuhalten. Die unipolare Weltordnung, unter Führung der USA, wurde durch die ökonomische und finanzkapitale Zusammenarbeit der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und weitere internationale ökonomische Zusammenhänge aufgebrochen. Mit fortgesetztem geopolitischem Druck drängen nicht nur die USA darauf, den internationalen Einfluss Russlands einzuschränken und die Ausweitung von Chinas Einfluss zu verhindern.

Vor allem die USA wollen durch die NATO-Osterweiterung den Einfluss Russlands ökonomisch und militärisch zurückdrängen. Die Mehrheit der EU-Staaten hat sich dieser Linie mittlerweile angeschlossen. Die NATO-Staaten tragen mit dieser Politik die Hauptverantwortung für die Zunahme der weltweiten Kriegsgefahr. Der kalte Krieg ist zurück, diesmal aber in noch gefährlicherer Form als Auseinandersetzung zwischen kapitalistischen Ländern. Die in ihren Wirkungs- und Handlungsmöglichkeiten eingeschränkte russische Großbourgeoisie wehrt sich mit dem russischen Staat gegen diesen Druck, gegen Einschränkungen des eigenen Einflussbereichs und militärische Einkreisung. Dies führt auch zu einer Großmachtspolitik im Interesse der nationalen Monopole und zu blutigen, ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung geführten Stellvertreterkriegen wie in Syrien.

In dieser Auseinandersetzung hat die NATO eine neue militärpolitische Bedeutung erreicht. Sie tritt wieder offensiv auf als militärstrategischer Interessenvertreter des atlantischen Imperialismus. Durch den Generalsekretär verkündet sie eine aggressive Militärstrategie und übt Druck aus auf die Mitgliedsstaaten. Die Osterweiterung wird durch Truppenverlegungen und Waffensysteme in die baltischen Staaten und Polen und die faktische Einbeziehung der Ukraine verschärft. Die europäischen NATO-Staaten werden zu zusätzlicher Aufrüstung verpflichtet. Die EU-Staaten versuchen nach dem Brexit mit PESCO eine neue Qualität der militärischen Zusammenarbeit umzusetzen. *(Militärkooperation PESCO, (Permanent Structured Cooperation) 23 EU-Staaten mit der Verpflichtung regelmäßiger Erhöhung des Rüstungsetats und der gemeinsamen Forschung und Produktion von Kriegsmaterial)* Sie und allen voran Deutschland wollen eine eigenständige militärische Rolle auch gegenüber den USA spielen und setzen deshalb auf eine Politik der Aufrüstung statt sich für eine dringend nötige Entspannung einzusetzen. Zunehmend versuchen NATO-Staaten wie z. B.

## **DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz, 28.04.2018, Neunkirchen**

Großbritannien oder Spanien ihre innenpolitischen Probleme durch eine besonders aggressive Außenpolitik zu kaschieren.

Zunehmend versuchen Regionalmächte wie Israel, Saudi-Arabien, Iran oder die Türkei Kapital aus der wachsenden Ost-West-Konfrontation zu schlagen. Sie verschaffen sich neue Freiräume, um Kriege gegen ihre lokalen Widersacher zu führen. Der türkische Nationalismus hat eine neue Qualität erreicht und gefährdet zunehmend Lebensinteressen der Menschen in der Region. Mit dem völkerrechtswidrigen Überfall und der drohenden Annexion von Afrin sowie weiteren Militäraktionen will die türkische Regierung mit Rückendeckung Russlands den fortschrittlichen Prozess in Rojava (Südkurdistan) beenden.

### **Die DKP Saarland fordert daher:**

#### **1. Befriedung des Konfliktes um die Ukraine und des Krieges in Syrien und im Jemen**

- Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften in Rojava. Abzug aller ausländischen Truppen aus der Region. Wiederaufbauhilfe durch die Bundesregierung statt Verfolgung von Kurdinnen und Kurden in Deutschland
- Einstellung aller Kriegshandlungen in Syrien und im Jemen, Durchsetzung eines Waffenembargos, Einleiten eines Prozesses der zivilen Konfliktlösung unter Beachtung der sozialen, politischen und kulturellen Zukunftsinteressen der Bevölkerung
- Sofortige Schritte zur Deeskalation der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und direkte Verhandlungen aller Beteiligten!
- Druck der Bundesregierung auf die Kiewer Regierung zur Umsetzung des Minsker Abkommens.
- Rückzug der neu entsandten NATO-Truppen aus Osteuropa
- Aufhebung der antirussischen Sanktionen

#### **2. Einschränkung und Auflösung der NATO**

- Keine Modernisierung sondern Abzug und Vernichtung der Atomwaffen in Büchel. Deutschland muss dem UN-Vertrag zur weltweiten Ächtung von Atomwaffen beitreten!
- Keine Ausweitung der NATO und keine neuen Truppen- oder Raketenstationierungen in Europa!
- Stopp aller Aufrüstungsbeschlüsse und Pläne der Bundesregierung. Weg mit dem 2% Ziel – Abrüstung statt Aufrüstung!
- Schluss mit militärischen Aufmarschgebärden gegen Russland!
- Etablierung eines Systems der gemeinsamen Sicherheit in Europa! Zusammenarbeit statt Konfrontation!
- Auflösung der Bundeswehr
- Austritt der Bundesrepublik aus der NATO

Die DKP Saarland unterstreicht erneut ihre Unterstützung für die Forderung der Friedensbewegung nach einem sofortigen Abzug der Bundeswehr aus dem Ausland und fordert Verbot von Inlandseinsätzen! Wir lehnen die Anschaffung von Drohnen ab!

## **DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz, 28.04.2018, Neunkirchen**

### **3. Entmilitarisierung der Saar-Lor-Lux-Region**

Die DKP Saarland fordert eine Kündigung des Kooperationsvertrags des Bildungsministeriums mit der Bundeswehr und stattdessen die Öffnung der Schulen für demokratische Kräfte wie Gewerkschaften, Friedens- und antifaschistische Kräfte. Dies gilt ebenso für die Hochschulen. Die Zusammenarbeit der Universität des Saarlandes mit der Bundeswehr z.B. im Fach Interkulturelle Kommunikation muss beendet werden. Wir fordern alle Jugendlichen auf, sich gegen diese Veranstaltungen zu wehren und sie zu boykottieren, Professoren, Lehrer/innen und Eltern sollten sie dabei unterstützen.

#### **Unser Motto: Kein Werben für's Sterben!**

**Wir fordern:** keine öffentlichen Rekrutengelöbnisse und Ordensverleihungen. Wir begrüßen die Initiativen gegen dieses zur Schau stellen von Militär in der Öffentlichkeit und fordern die saarländischen Kommunen auf, keine Gelöbnisse in ihren Städten zuzulassen.

Wir fordern ein Programm zur Entmilitarisierung des Saarlandes und erneuern unsere Forderung nach einer atom- und militärfreien Zone Saar-Lor-Lux als Vorstufe zu einer europaweiten Abrüstung.

#### **In diesem Zusammenhang fordern wir:**

- die Auflösung sämtlicher Militärstandorte und Lager in unserer Region,
- die Einstellung sämtlicher militärischer Übungsflüge, Transporte und Manöver, Verbot des Ablassens von Kerosin
- ein Überflugverbot für militärische oder geheimdienstliche Zwecke,
- Kein Ausbau von Ramstein zur Zentrale für das Raketenabwehrsystem der USA, keine Nutzung als Leitzentrale für Drohnen. Konversion der Airbase in ein Zivilprojekt.
- das Verbot von Rüstungsproduktion jeder Art (z.B. beim Diehl-Konzern, Streubombenproduzent) und gesetzlicher Zwang zur Konversion in zivile Produktion, finanziert durch erzielte Profite der Rüstungskonzerne,
- die Einstellung jeder Propaganda für militärische Organisationen z.B. durch Bundeswehroffiziere an Schulen und Arbeitsagenturen oder Beteiligungen an Messen und Ausstellungen,
- keine Zwangsmaßnahmen gegen ALG II-Empfänger, die sich nicht auf Stellen beim Militär bewerben,
- das Rekrutierungsbüro am Hauptbahnhof Saarbrücken ist zu schließen,
- die Rücknahme der Gemeinnützigkeit von Traditions- oder Reservistenvereinen,
- die Entmilitarisierung der Gesellschaft – ob bei der Namensgebung von Gebäuden und Straßen oder ganzen Stadtteilen wie in Völklingen oder bei öffentlichen Auftritten wie Empfängen,
- die öffentliche Aufarbeitung der Rolle und Funktion saarländischer Industrieunternehmer als Kriegsgewinnler bzw. Kriegsverbrecher im NS-Krieg wie Hermann Röchling, Franz von Papen, Otto Wolff von Amerongen, Lettow-Vorbeck, u. a. sowie eine würdevolle Erinnerung an ihre Opfer
- Die saarländische Landesregierung muss endlich dafür im Bundesrat und auch darüber hinaus Initiativen ergreifen. Die immensen Ausgaben für Hochrüstung und Krieg müssen für die Lösung der drängendsten gesellschaftlichen Aufgaben umgeleitet und genutzt werden! Statt Kriege führen – das Leben verbessern!

(einstimmig beschlossen)